



Bayerischer Bauernverband · Lichtenfelser Str. 9 · 96231 Bad Staffelstein

An die
Bundesnetzagentur
Stichwort Konsultation NEP Strom 2025-2037/2045
Postfach 8001
53105 Bonn

Ansprechpartner: Geschäftsstelle Lichtenfels
Telefon: 09573 310809-0
Telefax: 09573 310809-19
E-Mail: Lichtenfels@
BayerischerBauernVerband.de
Datum: 20.08.2026

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom

Stellungnahme zum zweiten Entwurf des Netzentwicklungsplans Strom 2025–2037/2045 Hier: Geplantes Umspannwerk im Suchraum Redwitz – Weidhausen

Einwendungen des Bayerischen Bauernverbandes (BBV), Geschäftsstelle Coburg-Lichtenfels

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Berufsvertretung und Träger Öffentlicher Belange vertritt die Geschäftsstelle Coburg-Lichtenfels des Bayerischen Bauernverbandes die Interessen der landwirtschaftlichen Familienbetriebe in den Landkreisen Coburg und Lichtenfels.

Die Errichtung eines weiteren Umspannwerks im Bereich Redwitz – Weidhausen mit einem hohen Flächenbedarf von rund 30 Hektar lehnen wir in der vorgeschlagenen Form entschieden ab. Die Planung geht völlig an den Realitäten vor Ort vorbei und ignoriert die bereits bestehende, massive Infrastrukturbelastung der Region sowie die Existenzsicherung unserer landwirtschaftlichen Zukunftsbetriebe.

Unsere Einwendungen begründen wir im Einzelnen wie folgt:

I. Einwendungen und detaillierte Begründung

1. Unverhältnismäßige Kumulation von Infrastrukturprojekten im Raum Redwitz-Marktgraitz-Weidhausen

Der vorgeschlagene Suchraum ist bereits heute durch lineare Großinfrastrukturen extrem überlastet. Aktuell bindet der Großbau der Bundesstraße B 173 massive Flächenressourcen. Hinzu kommen im engsten Raum die Bahntrasse, die Bundesstraßen B 289 und B 303 sowie ein dichtes Netz bestehender Leitungstrassen. Ein weiteres 30-Hektar-Großprojekt führt zu einer unzumutbaren und unverhältnismäßigen Belastung dieses Raumes. Zudem soll im direkt

.../2

angrenzenden Gebiet ein neues Naturschutzgebiet in Hochstadt integriert werden. Die Region trägt keinen weiteren großflächigen Einbruch.

2. Vorrangige Prüfung von Restflächen der Bundesstraße (B 173)

Es fehlt an einer intelligenten Flächenprüfung. TenneT muss zwingend prüfen, welche Grundstücks- und Restflächen nach der endgültigen Fertigstellung der Bundesstraße B 173 für technische Zwecke freiwerden. Diese bereits baulich beanspruchten oder isolierten Flächen müssen zwingend vorrangig für das Umspannwerk herangezogen werden, bevor unberührter Boden versiegelt wird.

3. Massiver Verlust wertvollster landwirtschaftlicher Ackerflächen

Der reine Werks-Flächenbedarf von 30 Hektar ist nur die Spitze des Eisbergs. Hinzu kommen ausgedehnte Ausgleichsflächen und der ohnehin immense Druck durch Freiflächen-PV-Anlagen (EEG-Flächen) und zukünftige Stromspeicher. In diesem Suchraum wird wertvolles, hochproduktives Ackerland vernichtet, das für die regionale Lebensmittelversorgung unersetzlich ist.

4. Überlastung und Umklammerung der kleinen Gemeinden Weidhausen und Redwitz

Die betroffenen Gemeinden Weidhausen und Redwitz sind strukturell klein und ländlich geprägt. Ein Industrie-Bauwerk dieser Dimension sprengt die verträglichen Maßstäbe dieser Kommunen und engt deren eigene, notwendige Entwicklungspotenziale drastisch ein.

5. Vollständige Zerstörung des regionalen Charakters

Das Landschaftsbild und der ländlich-familiäre Charakter der gesamten Region werden durch diesen massiven industriellen Fremdkörper vollumfänglich und unumkehrbar gestört. Kulturlandschaft wird zur reinen Industrielandschaft degradiert.

6. Fehlende Erzeuger- und Verbrauchernähe im Suchradius

Das grundlegende Prinzip der kurzen Wege wird missachtet. Im gesamten Suchradius befinden sich weder große Energieerzeugungsanlagen noch industrielle Großverbraucher. Ein Umspannwerk gehört dezentral dorthin, wo Energie erzeugt oder direkt verbraucht wird, anstatt ländliche Räume als reine Transit-Knotenpunkte zu opfern.

7. Optimierte Nutzung und Ertüchtigung bestehender Infrastrukturkorridore

Ein zentraler Baustein für die Akzeptanz und die beschleunigte Umsetzung des Netzausbaus ist die konsequente Fokussierung auf bereits vorbelastete Räume. Anstatt kontinuierlich neue, unberührte Flächen für den Leitungsbau in Anspruch zu nehmen, muss die Nutzung bestehender linearer Infrastrukturen wie Autobahnen und Haupteisenbahnstrecken strategisch priorisiert werden.

Durch die technische Ertüchtigung und Erweiterung dieser bestehenden Verkehrswege können Hochspannungs- und Höchstspannungsleitungen direkt in diesen Korridoren mitgeführt werden (Sektorenkopplung durch Bündelung). Dies minimiert den zusätzlichen Eingriff in Natur, Landschaft und private Eigentumsrechte erheblich.

Diese Bündelung wird durch die fortschreitende Elektrifizierung des Verkehrssektors in naher Zukunft nicht nur wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll, sondern voraussichtlich zwingend notwendig. Der massive Ausbau der Ladeinfrastruktur für den Schwerlast- und Individualverkehr entlang der Fernstraßen sowie der steigende Strombedarf des Schienennetzes erfordern ohnehin leistungsstarke Netzanschlüsse direkt vor Ort.

Aus diesem Grund ist es folgerichtig, auch die dafür notwendigen Umspannwerke und Netzknotenpunkte direkt in oder an diesen bestehenden Infrastrukturstrukturen zu integrieren. Dies schafft Synergien, verkürzt die Planungsverfahren durch bereits bestehende Trassenrechte und sichert eine effiziente, verbrauchsnahe Energieversorgung direkt an den Hauptverkehrsadern.

8. Gefährdung geschützter Arten (Schwerpunktraum Feldlerche)

Der geplante Suchraum stellt ein hochwertiges und wertvolles Bruthabitat für die Feldlerche dar. Diese sensible Vogelart gilt als biologische Auszeichnung unserer Region. Die großflächige Überbauung zerstört diese Lebensräume nachhaltig.

9. Zusätzliche Schwächung der Landwirtschaft durch falsche Ausgleichspraxis

Die gängige Praxis bei Ausgleichsmaßnahmen ist inakzeptabel: Es werden fast ausschließlich produktive Flächen von Landwirten eingezogen – meist die besten Böden, um rechnerisch möglichst hohe Ökopunkte zu generieren.

- **Unsere Forderung:** Der flächenhafte Ausgleich muss auf ein absolutes Minimum reduziert werden. Stattdessen sind bestehende Ausgleichspunkte aus dem Naturschutzgebiet in Trieb (Treib) heranzuziehen. Zudem fordern wir den konsequenten Vorrang von produktionsintegrierten Kompensationsmaßnahmen (PIK), damit die Flächen parallel landwirtschaftlich nutzbar bleiben.

10. Akute Existenzgefährdung von landwirtschaftlichen Zukunftsbetrieben

Da TenneT bisher keine exakte Flächenplanung vorlegt, hängen die betroffenen Betriebe in der Luft. Klar ist: Im betroffenen Gebiet wirtschaften hochspezialisierte Muttersauenhalter, Ackerbauern, Milchviehhalter und Biogasanlagenbetreiber. Viele dieser Höfe verfügen über eine gesicherte Hofnachfolge durch junge, hochmotivierte Betriebsleiter mit Meisterabschluss. Dies sind die systemrelevanten **Zukunftsbetriebe für die Landkreise Coburg und Lichtenfels**.

- Die Tierhaltung ist strikt flächengebunden. Bereits der Verlust von 10 Hektar Eigentumsfläche gefährdet die Existenz eines solchen Betriebes unmittelbar. Die Folge sind längere Anfahrtswege, explodierende Pachtpreise und sozialer Unfrieden (Neid) durch die künstlich angeheizte Flächenkonkurrenz.

11. Zerstörung gewachsener sozialer und wirtschaftlicher Strukturen

Über Generationen gewachsene Eigentums-, Bewirtschaftungs- und Nachbarschaftsstrukturen werden durch das Projekt rücksichtslos zerschnitten und dauerhaft zerschlagen.

12. Fehlende Prüfung der Ertüchtigung des bestehenden Umspannwerks Redwitz

Das bestehende Umspannwerk Redwitz (ca. 10 Hektar) muss als Primärlösung dienen. Es ist technisch detailliert zu prüfen, ob die Kapazität durch ein modernes **Hochbauverfahren** (kompaktere Bauweise nach oben) oder durch den Austausch gegen leistungsfähigere, modernste Transformatoren am Altstandort vervielfacht werden kann.

13. Absolutes Gebot der Vermeidung von zusätzlichem Flächenverbrauch

Der Schutz des Bodens als endliche Ressource ist gesetzlich verankert. Ein zusätzlicher, großflächiger Flächenverbrauch auf der grünen Wiese ist unter allen Umständen zu vermeiden, solange nicht alle technischen Alternativen im Bestand ausgereizt sind.

14. Völliger Mangel an technischem Nachweis und Rechtfertigung

Es liegt kein nachvollziehbarer Nachweis vor, warum die bestehende 10-Hektar-Infrastruktur in Redwitz noch einmal um das Dreifache überbaut werden muss. Die pauschale Behauptung einer Notwendigkeit ohne Vorlage konkreter, detaillierter Planungsdaten ist im Sinne einer transparenten Bürger- und Verbandsbeteiligung nicht nachvollziehbar.

15. Forderung nach Verursacherprinzip beim Stromtransport

Wir fordern den Stopp von Stromtransporten über unvernünftige, weite Strecken. Strom muss dort erzeugt werden, wo die Lastzentren liegen. Urbane Ballungszentren und große Industriegebiete müssen ihren Beitrag zur Netzinfrastuktur selbst vor Ort leisten, anstatt die Lasten einseitig in den ländlichen Raum abzuwälzen.

16. Unzumutbare Belastung durch neue Leitungs- und Hochspannungstrassen

Das neue Umspannwerk zieht unweigerlich einen Rattenschwanz an zusätzlichen neuen Zulaufleitungen und Hochspannungsleitungen nach sich. Dies führt zu einer vollkommenen technischen Einkesselung der betroffenen Dörfer.

17. Schutz von Mensch und Tier vor gesundheitlichen Emissionen (Doppelter Abstand)

Da der topographische Raum extrem begrenzt ist, rückt das geplante Werk wahrscheinlich relativ nahe an die Wohnbebauung und an die Stallungen der Tierhalter heran. Die emittierten physikalischen Belastungen (Niederfrequenzfelder, permanent tieffrequenter Brummtönen der Transformatoren) gefährden empfindliche Menschen und Nutztiere (z.B. Milchvieh, Zuchtsauen) nachweislich.

- **Unsere Forderung:** Zum Schutz von Mensch und Tier fordern wir die verbindliche Einhaltung eines **doppelten Mindestabstands** zur nächsten Wohn- und Stallbebauung im Vergleich zu den gesetzlichen Mindestmaßen.

II. Zielforderung des Bayerischen Bauernverbandes

Wir fordern nachdrücklich, dass die Belange unserer Heimatregion endlich ernst genommen und fair abgewogen werden.

Ein weiteres Umspannwerk im Gebiet Redwitz ist dieser von Infrastrukturprojekten geplagten Region physisch und psychisch nicht mehr zumutbar; die Grenze der Belastbarkeit ist erreicht.

Wir fordern den sofortigen Stopp der aktuellen Suchraumplanung sowie die **verbindliche und ergebnisoffene Prüfung von Alternativstandorten sowohl weiter nördlich als auch weiter südlich** des aktuellen Radius.

Es ist nachzuweisen, ob dort bestehende Knotenpunkte technisch wesentlich einfacher, flächenschonender und sozialverträglicher ertüchtigt werden können.

Wir erwarten, dass diese Einwendungen vollumfänglich in die Abwägung eingestellt werden.

Freundliche Grüße



Gabriel Lieb
Geschäftsführer